

Beantwortung Wahlprüfsteine

Verein Mitteldeutscher Promovierendenvertretungen vom 29. April 2024

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wenden uns als Vertreter des Verbands Mitteldeutscher Promovierender (VMPV) heute an Sie mit einer Liste von Wahlprüfsteinen, die wir in Kollaboration mit den Promovierendenvertretungen der Universitäten unseres Bundeslandes erarbeitet haben. Die Frage nach dem Stellenwert von Wissenschaft und der Zukunft von Deutschland als Wissenschaftsstandort sind selbstverständlich von großer Bedeutung. Insbesondere die Promovierenden, die wir vertreten, werden viele ihre Wahlentscheidung davon abhängig welche Ansichten zur Gestaltung der Zukunft ihre Partei vertritt. Daher planen wir die Antworten aller befragten Parteien in einer Zusammenstellung zu veröffentlichen. Wir wären Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie sich die Zeit nehmen!

1. Wie bewertet Ihre Partei den Stellenwert von öffentlich finanzierter (universitärer) Forschung und Lehre in Bezug auf die Gesellschaft?

Forschung und Lehre haben für die SPD einen hohen Stellenwert, weil Bildung und die wissenschaftliche Suche nach Erkenntnissen eine wichtige Ressource für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft sind. Die Ermöglichung und Finanzierung von Forschung und Lehre ist daher eine wesentliche öffentliche Aufgabe. Mit der staatlichen Grundfinanzierung garantieren wir die verfassungsrechtlich verbrieftete Unabhängigkeit und Freiheit der Wissenschaft. Auch in Zukunft muss der offene und kritische Diskurs die Wissenschaftsdebatte bestimmen. Wir ermutigen unsere Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen daher, Debatten in die Gesellschaft zu tragen und Politik zu beraten. Wissenschaftskommunikation und Citizen Science Formate gilt es auszubauen.

2. Die Anzahl der Studierenden sinkt konstant seit mehreren Jahren. Dieser Trend wird sich langfristig auch auf die Zahl der Promovierenden auswirken. Wie kann dafür gesorgt werden, dass freigewordene Ressourcen so eingesetzt werden, dass Promovierende bessere Forschungsbedingungen vorfinden?

Mit der „Hochschulentwicklungsplanung 2025plus“ sowie der Zuschussvereinbarung bis 2032 hat sich der Freistaat Sachsen zusammen mit seinen staatlichen Hochschulen dazu verpflichtet auch in Zukunft mindestens 100.000 Studierende zu haben, daher gilt es, weiterhin Studienbewerber:innen zu gewinnen sowie für ein gutes qualitativ hochwertiges Studium zu sorgen und die Studienerfolgsquote weiter zu erhöhen. Die bisherigen Ressourcen für die Hochschulen sind demnach gesichert und mit weiteren Aufwüchsen verbunden. Um die Arbeits- und Forschungsbedingungen der

Promovierenden zu verbessern, wollen wir den Stellenanteil für die eigene wissenschaftliche Qualifikation auf 50 Prozent ausdehnen. Zudem setzen wir auf die Trennung von Betreuung, Begutachtung und Arbeitgeberfunktion. In außeruniversitären Forschungseinrichtungen streben wir zudem eine höhere Tarifbindung an. Ziel muss sein, dass Qualifikationsstellen Vorrang vor Stipendien haben. Die Landesgraduiertenstipendien bauen wir auf 150 Stipendiat:innen aus und heben den monatlichen Satz auf mindestens 1.650 Euro.

3. Was ist Ihr Standpunkt zur gängigen Praxis, Promovierende bei real voller Arbeitszeit (ggf. plus Überstunden) auf 50 % - 65 % TV-L/TVöD E13 oder daran angelehnten Verträgen zu beschäftigen?

Der Stellenumfang sollte auch dem Arbeitsumfang entsprechen. Auch deshalb ist uns eine Anpassung im Hochschulgesetz wichtig, um den Stellenanteil für die eigene wissenschaftliche Qualifikation auf 50 Prozent auszudehnen.

4. Die aktuelle Promotionsdauer in Deutschland beträgt im Mittel 4 bis 6 Jahre. In unserer Beobachtung liegt die durchschnittliche Vertrags-/ Stipendiendauer allerdings bei bestenfalls 3 Jahren. Inwieweit denken Sie, ist diese Diskrepanz zu erklären und was gedenken Sie diesbezüglich zu unternehmen?

Unserer Beobachtung nach variiert die durchschnittliche Promotionsdauer je nach Fächergruppe und zugehöriger Fachkultur. Ziel muss sein, dass eine wissenschaftliche Qualifikation in drei Jahren zu erreichen ist. Neben ausreichend Zeit für die Qualifikation (vgl. Antwort zu Fragen 2 und 3) ist es von Bedeutung, die Unabhängigkeit der Nachwuchswissenschaftler:innen zu stärken. Mit der Einführung der Betreuungsvereinbarung werden nunmehr Rechte und Pflichten verbindlich geregelt. Im nächsten Schritt wollen wir die die Trennung von Betreuung, Begutachtung und Arbeitgeberfunktion erreichen, um zur Qualitätssicherung im Promotionsverfahren sowie zum hochschulinternen Controlling beizutragen.

5. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz limitiert die befristete Beschäftigung nach der Promotion auf 6 Jahre. Dies führt zum Verlust von hochqualifiziertem Personal, welches mit viel Aufwand ausgebildet wurde. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die wissenschaftliche Karriere nachhaltiger zu gestalten?

Planbare Karrierewege in der Wissenschaft sind für „Gute Arbeit an Hochschulen“ unerlässlich. Mit den neuen Personalkategorien der Lektor:innen und Wissenschaftsmanager:innen entstehen neue Gestaltungsspielräume, die jetzt vor Ort genutzt werden müssen. Und über die verbindlichen Personalentwicklungskonzepte sollten neben Wegen in der Wissenschaft auch Pfade des Transfers in Wirtschaft und Gesellschaft dargelegt werden.

Gute Lehre und innovative Forschungen brauchen Verlässlichkeit. Mit Dauerstellen für Daueraufgaben wird diese für das wissenschaftliche Personal hergestellt. Neuen Aufgaben wie Digitalisierung, Transfer, Nachhaltigkeit oder Internationalisierung müssen sich auch die Hochschulen dauerhaft stellen. Wir wollen 450 zusätzliche Dauerstellen an Hochschulen schaffen und die Quote von unbefristeten Beschäftigungen auf über 45 Prozent anheben. Die Anzahl der Juniorprofessor:innen wollen wir ausweiten und dabei auf Tenure-Track-Verfahren setzen.

6. Sachsen genießt als Wissenschaftsstandort aktuell noch hohe internationale Relevanz, jedoch werden nicht die notwendigen Schritte unternommen, das Bundesland für international Forschende attraktiv zu machen (Bürokratie u. A.). Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um dies in Zukunft zu ändern?

Mit der „Hochschulentwicklungsplanung 2025plus“ sowie der Zuschussvereinbarung bis 2032 werden zuverlässige Rahmenbedingungen für Spitzenwissenschaft geschaffen. Die neue Personalkategorie „Wissenschaftsmanager:in“ und die Verstetigung der Zentralen EU-Serviceeinrichtung Sachsen (ZEUSS) zur Beratung der sächsischen Wissenschaftseinrichtungen bei der Einwerbung von EU-Forschungsmitteln sind aus unserer Sicht zielgenaue Unterstützungsinstrumente für die Stärkung der Internationalität in der Forschung. Generell ist es das Ziel der SPD Sachsen, Antragstellungen und Abrechnungen weiter zu vereinfachen, um Bürokratie abzubauen.

7. Die Zahl der in der Wissenschaft verbleibenden Personen ist nach wie vor dominiert von weißen Cis-Männern ohne körperliche Einschränkungen. Auf diese Weise geht signifikantes Potential verloren. Existieren Pläne, eine Angleichung der Chancen im wissenschaftlichen Umfeld voranzutreiben?

Mit der letzten Hochschulgesetznovelle wurden verschiedene Aufgaben der Hochschulen wie Gleichstellung, Diversität und Inklusion in den Fokus gerückt und deren Umsetzung verbindlicher geregelt. Einen Beitrag werden auch die verbindlichen Personalentwicklungskonzepte leisten. Wir streben die Gleichstellung der Geschlechter an unseren Hochschulen an und wollen Frauen in der Wissenschaft besonders fördern. Das Kaskadenmodell hat Eingang ins Hochschulgesetz gefunden, jetzt gilt es, die Gleichstellungskonzepte fortzuschreiben. Das Gastprofessorinnen-Programm wollen wir ausbauen und das Sachsen-Technikum zur Förderung von jungen Frauen im MINT-Bereich in die Fläche bringen. Auch die Fortschreibung der Maßnahmenpläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird Eingang in die zukünftigen Zielvereinbarungen finden, entsprechende Inklusionsmittel wollen wir weiterhin ausreichen.

8. Wie stehen sie zu dem Einwand, Dokortitel würden in Deutschland inflationär vergeben werden, bzw. dass mehr wissenschaftliches Personal als notwendig ausgebildet wird?

Die Aussage zur inflationären Vergabe von Dokortiteln teilen wir nicht. Mit der Verleihung des Doktorgrades wird der erfolgreiche Abschluss einer selbständigen wissenschaftlichen Qualifikation dokumentiert. Sie kann sich daher nicht an wie auch immer hergeleiteten gesellschaftlichen Erfordernissen, sondern nur an individuellen Qualifikationen orientieren.

Wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, wird darüber hinaus wissenschaftliches Personal nicht nur in den Hochschulen benötigt. Von wissenschaftlicher Qualifizierung profitieren andere gesellschaftliche Bereiche wie Wirtschaft, Erziehung oder Kultur ebenfalls. Die Hochschulen sind daher gefordert, über die verbindlichen Personalentwicklungskonzepte neben Wegen in der Wissenschaft auch Pfade des Transfers in Wirtschaft und Gesellschaft darzulegen.

9. Die Drittmittelquote stieg in den letzten Jahren stark. Dies führt zu einer steigenden Belastung von Beschäftigten durch die Beantragung von DFG-Projekten u.A. Wie positioniert sich Ihre Fraktion bezüglich einer Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen zur Sicherung der Forschungsaktivität?

Eine verlässliche Grundfinanzierung ist für die sächsische Hochschullandschaft unerlässlich. Hier gibt die neu geschlossene Zuschussvereinbarung Planungssicherheit und garantiert weitere Aufwüchse. Als SPD Sachsen wollen wir 450 zusätzliche Dauerstellen an Hochschulen schaffen und die Quote von unbefristeten Beschäftigten auf über 45 Prozent anheben. Zum Jahr 2028 kann die neu abgeschlossene Zuschussvereinbarung einer Revision unterzogen werden. Je nach Entwicklung soll davon Gebrauch gemacht werden. Für uns wäre zudem vorstellbar, die Grundfinanzierung der Hochschulen jährlich um 3,5 Prozent zu steigern, um auch so zu einer stärkeren Verlässlichkeit beizutragen.

10. Den Trend zur Publikation wissenschaftlicher Arbeiten in Open-Access- Journalen begrüßen wir. Doch damit sind hohe Publikationskosten verbunden, die an Privatunternehmen fließen. Ist es sinnvoll, staatliche Infrastruktur für Open-Access-Publikation zu schaffen, um öffentliche Kosten zu minimieren?

Aus Daten wird Wissen generiert. Deshalb ist der freie Zugang zu Forschungsdaten von besonderer Bedeutung für Wissenschaft und Innovation. Wir unterstützen den Aufbau der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur. Deshalb ist auch der Weg zur Open-Access-Publikation richtig. Auf Initiative der SPD wurde bereits ein Open-Access-Fonds bei der SLUB geschaffen, um Hochschulen und Wissenschaftler:innen zu unterstützen. Open Data und Open Access wollen wir auch künftig fördern, um Abhängigkeiten weiter zu reduzieren. Hier wird in den kommenden Jahren auch eine Mittelumverteilung stattfinden: von Kosten für das Lesen hin zu Kosten für das Publizieren. Diesen

Wandel gilt es gemeinsam mit den wissenschaftlichen Bibliotheken sowie den Wissenschaftler:innen zu gestalten.